Mehr Drive für Azubis - "Führerschein-Bonus Brandenburg"

Drucksache **8/2099** · eingebracht 2025-12-02 — Antragsteller: **CDU**

Bildung | Mobilität | Jugend | Klima

ZUSAMMENFASSUNG

Die CDU fordert ein Landesprogramm, das Auszubildende mit 1.000 € beim Erwerb des Führerscheins unterstützt, um Mobilitätshürden im ländlichen Brandenburg abzubauen und die duale Ausbildung zu stärken.

KERNFORDERUNGEN

- Führerschein-Zuschuss für Azubis
- Förderung dualer Berufe
- Unterstützung bundesweiter Führerscheinkostenreform

BEWERTUNG

4.0/10 GEMEINWOHL-SCORE

Überarbeiten

Der Antrag fördert soziale Teilhabe durch Mobilitätszugang (D4), stärkt Ausbildungschancen (D1) und berührt Solidarität (Wert 2) durch gezielte Unterstützung benachteiligter Jugendlicher. Allerdings widerspricht er massiv ökologischer Nachhaltigkeit (Wert 3): Förderung des Führerscheins ohne Koppelung an Umweltstandards oder Alternativen verstärkt Autoabhängigkeit, besonders in ländlichen Räumen — ein struktureller Konflikt mit GWÖ-Ziel der Verkehrswende. Zudem fehlt jede Verknüpfung zu Transparenz & Mitbestimmung (Wert 5) oder ökologischen Lieferketten (A3/A5). Ein Feld (E3) erhält −− wegen systemischer Förderung fossiler Individualmobilität über die Grenzen hinaus.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Konkrete Zielgruppenorientierung (Auszubildende in Handwerk/Landwirtschaft/Gesundheit)
- Klare Umsetzungslogik (Kammern als Ausgabestelle)
- Berücksichtigung ländlicher Realität

Schwächen

- Keine ökologische Gegensteuerung
- Ignoriert bestehende ÖPNV- und Radinfrastruktur
- Keine Beteiligung von Jugendlichen oder Kommunen bei Gestaltung

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	-	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	-	·	·
D · BÜRGER:INNEN	+	·	·	+	·
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	--	·	·

++ stark fördernd · + fördernd · ○ neutral · - widersprechend · -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 **Menschenwürde: Zugang zu Bildung & Beruf** `Bewertung: +3`

Förderung des Einstiegs ins Berufsleben durch Mobilitätshilfe

D4 **Soziale öffentliche Leistung** `Bewertung: +2`

Zielgruppenspezifische finanzielle Entlastung für Auszubildende

E3 **Ökologische Nachhaltigkeit: Wirkung über die Grenzen hinaus** `Bewertung: -5`

Systemische Verstärkung autozentrierter Mobilität ohne Klimakompensation

C3 **Politische Führung: Verantwortung für nachhaltige Strukturen** `Bewertung: -3`

Keine Verpflichtung zur ökologischen Bewertung oder Begleitmaßnahmen

A3 **Ausgelagerte Betriebe: Lieferanten/Dienstleister** `Bewertung: -2`

Keine Anforderungen an Fahrschulen (z. B. CO_2-Bilanz, ÖPNV-Verknüpfung)

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag spiegelt exakt die CDU-Wahlprogramm-Kernziele wider: Fachkräftesicherung (Q3), Mobilität als Freiheitsrecht (Q6), individuelle Mobilität im Flächenland (Q1/Q2/Q4) und Stärkung der dualen Ausbildung (Q7). Die Forderung nach Senkung der Führerscheinkosten korrespondiert direkt mit dem Ziel einer 'Wahlfreiheit in der Mobilität' und Bürokratieabbau.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

8/10

Konsistent mit dem christlich-demokratischen Menschenbild (Würde, Freiheit, Verantwortung) und dem Subsidiaritätsprinzip (Förderung auf Landesebene). Leicht kritisch: Keine explizite Verknüpfung mit Schöpfungsverantwortung (Q6/Q7), aber keine Widersprüche.

> „Mobilität ist Ausdruck von Freiheit. Die menschlichen Bedürfnisse nach Mobilität hängen maßgeblich von der individuellen Lebenssituation, dem Verkehrs-, Wohn- und Arbeitsumfeld und den eigenen Vorlieben ab."
> CDU Grundsatzprogramm 2024, S. 72

SPD

WAHLPROGRAMM

2/10

Der Antrag widerspricht zentralen SPD-Prioritäten: Er ignoriert die Verkehrswende, setzt nicht auf ÖPNV/Radinfrastruktur (Q11–Q15 enthalten keinerlei Auto-Förderung), und unterläuft das Ziel der sozial-ökologischen Transformation. Die SPD betont stattdessen Ganztagsschule, Schulbudget nach Sozialindex (Q12) und pädagogische statt technische Mobilitätslösungen.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

1/10

Fundamentaler Widerspruch zum Hamburger Programm: Dort steht 'ökologische Verantwortung als Teil der Grundwerte' (Q17) und 'sozial-ökologische Transformation' im Zentrum. Der Antrag fördert eine emissionsintensive Infrastruktur ohne Kompensation — unvereinbar mit 'Demokratischem Sozialismus' als 'andauernde Aufgabe'.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BSW

WAHLPROGRAMM 3/10

Teilweise konsistent mit BSW-Positionen zur Mobilität (Q20: 'Autofahren darf nicht zum Privileg werden'), aber klarer Widerspruch zu deren Forderung nach Abschaffung des CO_2-Preises und Ablehnung des 'Verbrennerverbots'. Der Antrag unterstützt indirekt fossile Mobilität ohne Gegenmaßnahmen — widerspricht der BSW-Forderung nach 'niedrigeren Spritpreisen' und 'benutzerfreundlichem und preiswertem ÖPNV' (Q20).

> „Autofahren darf nicht zum Privileg werden, sondern muss insbesondere in ländlichen Regionen für die breite Masse der Bevölkerung bezahlbar sein."
> BSW Brandenburg Wahlprogramm 2024, S. 41

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 7/10

Konsistent mit AfD-Fokus auf individueller Mobilität, Ablehnung von 'Verboten' und Förderung traditioneller Berufe (Handwerk, Landwirtschaft, Gesundheitsberufe). Passt auch zur Forderung nach 'mehr Polizei, härteren Strafen' (Sicherheit im Straßenverkehr implizit thematisiert).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: ein Landesförderprogramm „Führerschein-Bonus Brandenburg“ aufzulegen, das Auszubildende beim erstmaligen Erwerb des Führerscheins der Klasse B mit einem einen Zuschuss in Höhe von 1.000 Euro unterstützt.

> ein Landesförderprogramm „Führerschein-Bonus Brandenburg“ aufzulegen, das Auszubildende beim erstmaligen Erwerb des Führerscheins der Klasse B oder eines elektrischen Zweirads (E-Bike/E-Scooter-Lizenz) mit einem Zuschuss in Höhe von 1.000 Euro unterstützt — unter der Voraussetzung, dass mindestens 50 % der Ausbildungsfahrten mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden.

Begründung: Stärkt ökologische Nachhaltigkeit (Wert 3) und vermeidet GWÖ-Widerspruch in Feld E3; bindet Förderung an nachhaltiges Mobilitätsverhalten.

Vorschlag 2 von 3

Original: die für das Jahr 2026 durch die Bundesregierung geplanten Maßnahmen zur Senkung der Führerscheinkosten […] zu unterstützen.

> die für das Jahr 2026 durch die Bundesregierung geplanten Maßnahmen zur Senkung der Führerscheinkosten unter der Voraussetzung zu unterstützen, dass sie mit klaren Klimaschutz-Auflagen verknüpft sind — etwa Mindestanforderungen an Fahrschulflotten (min. 30 % Elektrofahrzeuge bis 2027).

Begründung: Verknüpft Förderung mit ökologischer Verantwortung (Wert 3) und adressiert A3 (Lieferant:innen) sowie C3 (politische Führung).

Vorschlag 3 von 3

Original: Die Auszahlung des Zuschusses soll vorzugsweise über die zuständigen Kammern oder alternativ über das Ministerium für Arbeit erfolgen…

> Die Auszahlung des Zuschusses soll nur erfolgen, wenn die Ausbildungsstätte ein nachweisliches Mobilitätskonzept vorlegt, das ÖPNV-Anbindung, Carpooling-Angebote und Radinfrastruktur nutzt — und über die zuständigen Kammern erfolgen, die zugleich eine jährliche Gemeinwohlbilanz zu ihren Fördermaßnahmen veröffentlichen.

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (Wert 5) und soziale Gerechtigkeit (Wert 4) durch institutionelle Verantwortung und partizipative Berichterstattung.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Abgelehnt · BB8-24

Original-Antrag

Drucksache 8/2099

Mehr Drive für Azubis - "Führerschein-Bonus Brandenburg"

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Landtag Brandenburg **Drucksache 8/2099**
8. Wahlperiode

Antrag

der CDU-Fraktion

Mehr Drive für Azubis – „Führerschein-Bonus Brandenburg“

Der Landtag stellt fest:

Individuelle Mobilität ist im Flächenland Brandenburg eine zentrale Voraussetzung für den Zugang zu Ausbildung und Arbeit. Gerade in ländlichen Regionen ist der Führerschein häufig unverzichtbar, um Ausbildungsstätten, Betriebe und Berufsschulen zuverlässig erreichen zu können. Der Landtag verfolgt daher das Ziel, Auszubildende beim erstmaligen Erwerb des Führerscheins finanziell zu unterstützen und ihnen damit den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern. Dies ist auch vor dem Hintergrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Brandenburg von derzeit über 9 % eine wichtige arbeitspolitische Maßnahme. Mit einem neuen Landesförderprogramm „Führerschein-Bonus Brandenburg“ soll deshalb der Zugang zu bezahlbarer Mobilität verbessert werden. Über die Unterstützung der Auszubildenden hinaus ist aber auch die grundsätzliche Senkung der Führerscheinkosten wichtig und notwendig, damit Autofahren und die individuelle Mobilität nicht zu einer sozialen Frage wird.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. ein Landesförderprogramm „Führerschein-Bonus Brandenburg“ aufzulegen, das Auszubildende beim erstmaligen Erwerb des Führerscheins der Klasse B mit einem einen Zuschuss in Höhe von 1.000 Euro unterstützt. Begünstigte sind insbesondere Auszubildende in den dualen Ausbildungsberufen des Handwerks, der Landwirtschaft und der Gesundheitsfachberufe. Die Auszahlung des Zuschusses soll vorzugsweise über die zuständigen Kammern oder alternativ über das Ministerium für Arbeit erfolgen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

   - die Ausbildungsstätte und der Erstwohnsitz des Auszubildenden befinden sich im Land Brandenburg,
   - ein bestätigter Ausbildungsvertrag liegt vor,
   - der Führerschein wurde erfolgreich erworben,
   - es bestehen keine anderweitigen Fördermaßnahmen, beispielsweise der Agentur für Arbeit.

2. dem für Wirtschaft und Arbeit zuständigen Ausschuss des Landtages bis zum 1. Mai 2026 einen in Zusammenarbeit mit den Kammern erarbeiteten Vorschlag zur Umsetzung eines Förderprogramms „Führerschein-Bonus Brandenburg“ vorzulegen.

Eingegangen: 02.12.2025 / Ausgegeben: 02.12.2025

3. die erforderlichen Mittel bei der Aufstellung des nächsten Haushaltsentwurfs zu berücksichtigen, damit der „Führerschein-Bonus Brandenburg“ spätestens zum 1. Januar 2027 erstmalig ausgezahlt werden kann.

4. die für das Jahr 2026 durch die Bundesregierung geplanten Maßnahmen zur Senkung der Führerscheinkosten – beispielsweise durch Reduzierung von Prüfungsfragen und Präsenzpflicht, den Einsatz von Fahrsimulatoren sowie größerer Transparenz zur Vergleichbarkeit von Kosten und Durchfallquoten – zu unterstützen.

Begründung:

Der Erwerb des Führerscheins war für junge Menschen lange Zeit ein selbstverständlicher Schritt ins Erwachsenen- und Berufsleben. Mit Ausbildungsvergütung, Ferienjobs oder familiärer Unterstützung ließen sich die notwendigen Kosten in der Regel gut finanzieren. Diese Situation hat sich inzwischen deutlich verändert: Die durchschnittlichen Ausgaben für den Führerschein der Klasse B liegen im Schnitt bei rund 3.400 Euro — und reichen mitunter bis zu 4.500 Euro. Ursächlich sind dabei auch hohe Durchfallquoten in der theoretischen wie praktischen Prüfung. Für viele Auszubildende wird der Führerschein damit zu einer schwer überwindbaren finanziellen Hürde.

Gleichzeitig bleibt individuelle Mobilität – insbesondere im Flächenland Brandenburg – eine zentrale Voraussetzung für den Zugang zu Ausbildungsstätten, Betrieben und Berufsschulen. Insbesondere auf dem Land ist der Führerschein oftmals unverzichtbar, um Ausbildungswege zuverlässig und unabhängig zurücklegen zu können. Der „Führerschein-Bonus Brandenburg“ schafft hier eine gezielte und bedarfsgerechte Entlastung: Er verbessert die Mobilität junger Menschen, fördert die Attraktivität dualer Ausbildungsberufe und unterstützt damit auch die Fachkräftesicherung im Land.

Über die direkte Unterstützung Auszubildender hinaus ist es aber auch grundsätzlich notwendig, die strukturellen Kosten für den Führerscheinerwerb zu senken. Dies wird durch die von Verkehrsminister Patrick Schnieder vorgeschlagene Reform der Fahrschulausbildung adressiert: Künftig sollen der große Fragenkatalog um etwa ein Drittel reduziert und der theoretische Unterricht vollständig digitalisiert werden können. Auch im praktischen Bereich sind Anpassungen geplant: Mehr Einsatz von Fahrsimulatoren (z. B. auch für Schaltwagen), weniger verpflichtende Sonderfahrten (Nacht, Autobahn, Überland) und eine kürzere Prüfungsdauer. Damit könnten die Kosten für Ausbildung und Prüfung nachhaltig sinken - ohne die notwendigen Sicherheitsstandards zu gefährden. Diese Vorhaben sind durch die Landesregierung Brandenburgs zu unterstützen.

Der vorliegende Antrag zum „Führerschein-Bonus Brandenburg“ vereint die finanzielle Entlastung und verbesserte Mobilität mit der Stärkung der dualen Ausbildung und zielt vor allem darauf ab, jungen Menschen in Brandenburg den Start ins Berufsleben zu erleichtern.